



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

KNN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Telefonnummer 24891 - 30

Faxnummer 248690

P/XIII/269 - 26. November 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Washington spricht wieder von "Gipfelkonferenz" Neues Moment in der internationalen Diskussion?	41
2 - 3	Österreichs innere Sorgen Subventionswirtschaft und Protektionismus Von unserem Wiener Korrespondenten Karl Frants	62
4	Die Wahlen in Australien Neubürger gaben den Ausschlag Von unserem E.O.-Korrespondenten in Canberra	43
5 - 6	Die "heißen Körnchen" Gefahr der Kernwaffenversuche immer größer	64
7	Zweieinhalb Pfennig! Zum Spendenaufruf der "Friedlandhilfe"	35

* * * *

* * *

Washington spricht wieder von "Gipfelkonferenz"

sp - Seit der Nacht von Dienstag zum Mittwoch dieser Woche ist ein neues Moment in der internationalen Diskussion über die Berlin-Frage in Erscheinung getreten. Zahlreiche Informationen aus Washington, verbreitet von mehreren Nachrichtenagenturen und Korrespondenten, deuten darauf hin, daß man im amerikanischen Außenministerium wieder an eine "Gipfelkonferenz" denkt, auf der die zur Zeit das Ost-West-Verhältnis inner mehr trübenden Probleme von den Regierungschefs selbst erörtert werden sollen. Mehrere dieser Informationen sprechen sogar davon, daß der Anstoß zur Einberufung einer Gipfelkonferenz von Moskau aus gehen könnte.

Es ist durchaus möglich, daß es sich hierbei um Spekulationen handelt, die bewusst in die Debatte geworfen werden, um die gegenwärtige Situation zu entkräften. Andererseits setzt sich aber immer mehr die Auffassung durch, daß "Schießen" als Mittel der Politik nicht mehr angewandt werden kann. Es würde also nur das Verhandeln bleiben, dessen Ziel der Versuch einer Generalbereinigung der internationalen Atmosphäre sein könnte.

Auf die spezielle Situation in Europa angewandt, bedeutet dies, daß Chruschtschow möglicherweise seine Berlin-Ankündigung gerade in Stoßrichtung auf das Zustandekommen einer Gipfelkonferenz gemacht hat. Wie es heißt, hat auch Senator Humphrey die Absicht, die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Vermutung in Moskau, also an der Quelle, zu erforschen.

Unabhängig von diesen Überlegungen scheint sich jedoch in Washington die Überlegung durchzusetzen, daß Moskau den Sturm auf Berlin und die Zone nur als Zwischenspiel betrachtet. Aus diesem Grunde wird in Washington, aber auch in London, bei klarer Betonung des Willens, die Freiheit Berlins zu erhalten, der diplomatische Faden zu Moskau nicht zerschnitten. Es mehren sich auch in den Vereinigten Staaten die Stimmen, die davor warnen, den "Club der Atomkräfte" zu vergrößern und die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu forcieren.

Genau an diesem Punkt müßte eigentlich die westdeutsche Politik einsetzen. Wenn die letzten Informationen aus Washington, die von einer Gipfelkonferenz sprechen, zutreffen, dann wäre es Aufgabe des offiziellen Bonn, die militärischen Ambitionen eines Strauß zurückzudrängen und an deren Stelle eine bewegliche Politik zu setzen.

Aber geschieht das? Herr Strauß hat am Dienstagabend in einer Fernseh-Diskussion über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr jeden Versuch des Abgeordneten Erler, anstelle der rein militärischen Strategie eine politische Strategie zu entwickeln, zurückgewiesen. Wenn dieser Geist die Bundesregierung beherrscht, sind die Chancen für einen deutschen Beitrag zur Entspannungspolitik gering.

Österreichs innere Sorgen

Von unserem Wiener Korrespondenten Karl Frenta

Der gegenwärtig im österreichischen Parlament zur Debatte stehende Bundeshaushaltsplan für 1959 zeigt die Konsequenzen einer Politik, die von der Österreichischen Volkspartei lange Jahre als "Raab-Kamitz-Kurs" in den höchsten Tönen gepriesen wurde. Das von ÖVP-Finanzminister Professor Dr. Reinhold Kamitz, 52, eingebracht Budget sieht Einnahmen in der Höhe von 36,5 Milliarden Schilling und Ausgaben in Höhe von 40,5 Milliarden Schilling. Das Defizit beträgt demnach 4 Milliarden Schilling. Dazu kommen noch die nahezu 5 Milliarden Schilling, die sich als Defizit in diesem Jahr ergeben werden.

Die Verschuldung des Staates nach innen und außen in Gestalt hochverzinslicher Anleihen nimmt bereits bedrohliche Formen an, da die alljährlich notwendigen Rückzahlungen und die Zinsenlast einen unangemessen hohen Teil des Budgets verschlingen. Im kommenden Jahr wird der Schuldendienst für die österreichische Staatsschuld 1.672 Millionen Schilling beanspruchen. Die Kosten der Staatsschulden sind damit seit 1955 auf das Vierfache gestiegen, während das Volkseinkommen im gleichen Zeitraum nur um rund ein Viertel angestiegen ist. Dies alles im Zeichen einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur!

Der "Raab-Kamitz-Kurs" galt jahrelang für die ÖVP als Schlagwort der sogenannten Stabilisierungspolitik, obgleich von Stabilisierung keine Rede sein konnte. Die Staatskassen blieben konstant leer, und die von den Sozialisten wiederholt geforderte Krisenrücklage kam trotz der Konjunktur niemals zustande. Hingegen blieben wichtige Fragen bis auf den heutigen Tag ungelöst, so zum Beispiel die Frage der Tarife der Elektrizitätswerke, der Bundesbahnen, der Postverwaltung, ferner die Rundfunkgebühren, die Sonderzahlungen für die öffentlich Bediensteten und die Sanierung der Krankenversicherung.

Die durch Gesetze festgelegten Ansprüche an das Budget machen 84 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Es bleibt also ohnehin nicht viel, um

damit "Politik zu machen". Der Prozentsatz, der solcherart noch verfügbar ist, wird von Jahr zu Jahr kleiner. Besonders bedenklich ist dabei die Tatsache, daß die Schulden, die gemacht werden, nicht etwa für weitere ertragreiche öffentliche Investitionen verwendet, sondern buchstäblich verzehrt werden: Sie dienen der Unterstützung des Brotpreises, des Milchpreises und anderer Agrarpreise. Seit 1947 sind nicht weniger als 12 Milliarden Schilling der Brotpreisstützung zugeflossen; außerdem beträgt die Milchpreissubvention nunmehr jährlich rund 1 Milliarde Schilling. Das sind völlig ungesunde Verhältnisse, und die Gefahr für die Währung ist nicht zu übersehen. Die SPÖ ist an einer Panik der Bevölkerung keineswegs interessiert und hütet sich daher, diese beunruhigenden Tatsachen allzu betont zu publizieren.

Bei der gegenwärtigen Finanzpolitik in Österreich handelt es sich offenkundig um ein Vabanque-Spiel der ÖVP. Da sich der Ausgang der Parlamentswahlen, die am 25. Oktober 1959 stattfinden werden, nicht voraussagen läßt, stellt sich die ÖVP schon jetzt auf die beiden Möglichkeiten des Wahlausganges ein: Gewinnt sie die Wahlen, so wird sie eine Sanierung im Stile des christlich-sozialen Bundeskanzlers der ersten Republik, Dr. Ignaz Seipel, anstreben, nämlich durch rücksichtslose Mehrbelastung der breiten Masse der Bevölkerung und durch Streichung der für den Arbeitsmarkt wichtiger öffentlichen Investitionen. Verliert sie die Wahlen, so wird sich ein sozialistischer Finanzminister mit dem katastrophalen Erbe herumschlagen und zu unpopulären Maßnahmen greifen müssen.

Die übertriebene Subventionswirtschaft der ÖVP beseitigt zudem die letzten Reste des freien Unternehmertums. Das ist ein Bankrott der angeblich freien Wirtschaft. An die Stelle rechtlicher Ansprüche rückt die Protektion, da es sich bei der Gewährung von Subventionen um Ermessungsangelegenheiten handelt. Es entsteht ein administrativer Kollektivismus, der - vor allem in der Landwirtschaft - zur Annäherung an das System der Volkdemokraten führt. Einer der Tagesordnungspunkte des am 28. November in Innsbruck beginnenden ÖVP-Parteitagess lautet aber dennoch: "Der freie Bauer in der modernen Gesellschaft".

Die Wahlen in Australien

Von unseren E.D.-Korrespondenten in Canberra

Dr. Menzies, seit neun Jahren im Amt als Ministerpräsident des Australischen Bundes und Sieger in vier früheren Wahlen, hat Ende der vergangenen Woche erneut einen großen Erfolg für sich buchen können. Es gelang seiner Partei, den Liberaldemokraten, nicht nur die Mehrheit im Repräsentantenhaus zu erringen, sondern auch, zum ersten Mal, einen entscheidenden Einbruch in der Zusammensetzung des Senats zu erzielen.

Mit diesem Wahlausgang, der noch am Vorabend des Wahltages selbst, von den politischen Beobachtern in Canberra nicht für möglich gehalten wurde, da man aufgrund von Meinungsbefragungen in den einzelnen australischen Staaten mit starken Stimmverlusten der Regierungspartei rechnete, hat die Australische Labour Party unter Dr. Evatt einen Rückschlag erlitten. Die Gründe hierfür sind vielfältig, und nicht zuletzt in der Wahlhaltung der australischen Neubürger zu suchen. Hinzukommt, daß in den letzten Jahren bestimmte Kreise der katholischen Kirche, unter ihnen besonders der Erzbischof von Melbourne, Dr. Mannix, ständige Attacken gegen die Labour Party richteten und sich hierbei Mittel und Methoden bedienten, die man sonst nur für einige europäische Länder für möglich hielt. Zwar hat der sehr liberale Kardinal Griffith mit scharfen Worten diese Entwicklung der innenpolitischen Auseinandersetzung mißbilligt, jedoch nicht mehr vermocht, das von extremen Kreisen entworfene Zerrbild der Labour Party in den Augen bestimmter Schichten des australischen Volkes zu "entzerrn". Aber es wäre falsch, nur aus der engeren Parteisicht einiger katholischer Würdenträger das Wahlergebnis erklären zu wollen. Auch die immer wieder hervorgetretene Abneigung einer Anzahl australischer Gewerkschaften gegenüber Einwanderern (deren Zahl in den letzten Jahren auf 1,5 Millionen anstieg) mußte notwendigerweise der Labour Party eine Reihe von Stimmen aus diesem stets gewichtiger werdenden Lager verlieren lassen. Nur zu natürlich, daß Menzies diese vorhandenen Animositäten für sich zu nützen versuchte, was ihm ja durch die Wahlen bestätigt wurde.

Lange Zeit hindurch hat sich die Weltöffentlichkeit nur zu einem geringen Maße mit australischen Wahlen beschäftigt. Die Veränderungen im südpazifischen Raum und in den pazifischen Inselländern hat einen grundlegenden Wechsel dieser Anschauungen herbeigeführt. Australien rückt immer mehr in den Vordergrund der Betrachtung. Trotz der Wahlhaltung der alten Regierung in Canberra ist dies kein Zeichen dafür, daß die in der Vergangenheit geführte Außenpolitik für alle Zeiten Miltigkeit haben soll. Schon jetzt nämlich lassen sich Stimmen aus Regierungskreisen in Canberra hören, die auf eine Änderung in der westlichen Haltung gegen Peking drängen, und die überdies der Meinung sind, es sei die Zeit gekommen, ein neues Verhältnis zu den sogenannten "neutralen" Staaten Asiens zu finden, wobei für Australien die Frage einer besseren Zusammenarbeit mit Indonesien aufgeworfen wird.

+ + +

Die "heißen Körnchen"

mu. - Seit Monaten befinden sich in der uns umgebenden Luft radioaktive Teilchen, die stark strahlen und "heiße Körnchen" genannt worden sind. Über diese gefährliche Radioaktivität haben sich sogar die Atomwissenschaftler in geheimen Beratungen in Genf unterhalten. Die Wissenschaftler eines großen Erlanger Unternehmens, das Strahlungsmessgeräte, also Geigerzähler produziert, haben sogar keinen Zweifel daran, daß es sich bei den "heißen Körnchen" um große Spaltprodukte handelt, die durch Atomwaffenversuche entstanden sind. Sie vermuten sogar, daß es sich zumindest bei einem Teil um das radioaktive Zerfallprodukt "Kobalt 60" handelt, das konzentriert von besonderer Gefährlichkeit ist.

Aus den wissenschaftlichen Veröffentlichungen der letzten Jahre weiß man, daß es heute möglich ist, die grauenhaft gefährlichen Wasserstoffbomben noch mit einem Mantel aus natürlichem Kobalt zu überziehen. Dieser Vorgang ist deshalb die bisher bekannte größte Steigerung des Grauens, weil das nach der Explosion ungewöhnlich stark strahlende Kobalt eine sogenannte "Halbwertszeit" von gut fünf Jahren besitzt. Das bedeutet, daß die so gesundheitsschädlich strahlenden Kobaltteilchen auch fünf Jahre nach der Explosion noch halb so stark strahlen. Das kann aber auch im Zusammenhang mit den jetzt entdeckten "heißen Körnchen", die bereits unter uns sind, bedeuten, daß irgendwo in der Welt mit dem scheußlichen Kobaltmantel experimentiert worden ist und die um die Erde kreisenden Strahlströme nunmehr beginnen, die heißen Kobaltkörnchen über uns auszuschütten.

Da einmal bekannt ist, daß die die Erde umkreisenden Staubwolken die Radioaktivität erst nach langen Zeiten zögernd auf uns herabfallen lassen und zum anderen die Strahlungsfähigkeit des Kobalts sehr langsam abnimmt, kann im ganzen gesehen noch eine erhebliche Verstärkung der Radioaktivität eintreten und unter Umständen noch sehr erhebliche gesundheitliche Gefahren erbringen. Dabei ist auch zu bedenken, daß Kobalt die sehr kurzwelligen Strahlen, die sogenannten Gammastrahlen "verschießt", die ein sehr hohes Durchdringungsvermögen besitzen und damit die Gewebe des Menschen am ersten und stärksten zerstören können.

In diesem Zusammenhang sei an die Schrift des Nobelpreis-trägers Professor Hahn "Kobalt 60, Gefahr oder Segen für die Menschheit?" erinnert. Dort heißt es wörtlich:

"Wird die Wasserstoffbombe mit einem dicken Mantel von Kobalt umgeben, dann entsteht durch die vielen freiwerdenden Neutronen der Reaktion in großen Mengen das langlebige, eben erwähnte, stark strahlende, gefährliche Produkt, das durch die ungeheure Gewalt der Explosion der Bombe - gemischt mit gewöhnlichem Kobalt - in feinsten Zerstäubung in die Atmosphäre geschleudert und dort mit den Windströmungen mitgeführt wird. Wo der Staub dann allmählich auf die Erde herunterfällt, kann er seine unheimliche Wirkung ausüben.

Es wurde in den Vereinigten Staaten ausgerechnet oder geschätzt, daß zehn große Wasserstoffbomben, mit viel Kobalt unkleidet, eine so große, viele Jahre wirksame Aktivität an Kobalt 60 ergeben, daß das Fortbestehen der Menschheit damit ernstlich gefährdet würde, ganz gleich, wo die Bomben gefallen sind. Dies sind wohl zur Zeit noch Schreckgespenste, aber die Tatsache besteht, daß die Menschheit heute oder in naher Zukunft in der Lage ist, sich selbst auszulöschen".

Man möchte dem hinzufügen: Wenn jetzt bereits irgendwo mit dem Kobaltmantel experimentiert worden sein sollte und die heißen Körnchen auf uns niederfallen, so sind die Schreckgespenste bereits unter uns, und wir sind schon sehr nahe dabei, uns selbst auszulöschen.

+ + +

Zweieinhalb Pfennig!

K.S. - Alle anderthalb Minuten kommt ein Mensch über die Grenze - ein Flüchtling aus der Zone, ein Spätaussiedler, ein Rückwanderer. Am Jahresende werden es knapp 300 000 Menschen sein, die allein 1958 Bürger der Bundesrepublik wurden. Am schwersten in ihrem Gepäck, das sie mitbringen, wiegt die Hoffnung - sonst ist da nicht viel. Wir müssen diesen Menschen helfen, wir müssen ihnen etwas abgeben von dem Überfluß, in dem wir leben. Ein paar Pfennige wenigstens.

Die vor einem Jahr gegründete "Friedlandhilfe" hat anlässlich des bevorstehenden Weihnachtsfestes die Bevölkerung zu Geld- und Sachspenden aufgerufen. Mit dem, was bisher - in diesem einem Jahr - zusammenkam, ist man nicht recht zufrieden. Zwar hat es den Wert von 1,2 Millionen DM - nach der Pro-Kopf-Rechnung entfallen dabei aber auf jeden Bundesbürger nur zweieinhalb gespendete Pfennige! Von tausend Menschen habe bisher nur ein einziger seinen Beitrag geleistet, heißt es im Aufruf der "Friedlandhilfe". Für eine wirkungsvolle Unterstützung reiche das nicht aus.

In der Tat: die Hilfsbereitschaft ist nicht gerade groß; die Flüchtlinge, Spätaussiedler und Heimkehrer wissen ein Lied davon zu singen. Drei Millionen sind seit 1945 durch das Lager Friedland nach Westdeutschland gekommen. Als es uns allen noch schlecht ging, hatten wir mehr Verständnis für die Nöte des Nächsten - dafür weniger Möglichkeiten. Heute ist es umgekehrt. Die Satten verstehen die Hungrigen nicht. Wer im warmen Federbett liegt, denkt kaum daran, daß sich andere mit einem Stricksack und dünnen Decken begnügen müssen.

Mit der Wohltätigkeit ist es so eine Sache. Sie organisiert sich schwer, und ist sie organisiert, wird sie zumeist unangenehm von dem zum Spenden Aufgeforderten empfunden. Der Appell an die milden Herzen ist gut und richtig, er sollte aber auch vor allem von der Industrie und der Wirtschaft gehört werden. Manches Unternehmen wird am Jahresende mit schönem Gewinn abschließen. Öffentlich wird dort überall der Aufruf der "Friedlandhilfe" gehört. Wie es heißt, können die Spenden von der Steuer abgesetzt werden. Vielleicht wundert dieser Umstand auch manche Industrielle auf, die, solange ihre Parteispenden noch von der Steuer abzugsfähig waren, nicht gerade knauserig mit dem Geld umgingen. Sie sollten den Anfang machen!

+ + +